

heitsdisposition „dürfen nur zu gesundheitlichen Zwecken oder für wissenschaftliche Forschung im Zusammenhang mit gesundheitlichen Zwecken“ durchgeführt werden.

Auf die umstrittenen Artikel besser verzichten

Demzufolge sind genetische Tests bei Einstellungsuntersuchungen ausgeschlossen, es sei denn, sie dienen ausdrücklich dem gesundheitlichen Schutz der Person (negative Einwirkungen aus dem Arbeitsfeld); verboten sind weiterhin genetische Tests zur Ausgestaltung von Versicherungsverträgen. Erlaubt werden solche Tests jedoch zur Identifizierung von Personen im Strafprozeß oder zur Feststellung der Vaterschaft (Art. 2 Abs. 2). Wenn man sich der Forschung auf diesem speziellen Gebiet nicht generell verschließt, kann man der hier vorgesehenen Regelung im Zusammenhang mit Art. 18 der Konvention, der die Verwertung der genetischen Daten regelt, aus ethischer Sicht nichts entgegenstellen.

Der vorliegende Entwurf soll im März 1995 vom Lenkungsausschuß (CDBI) erneut und vielleicht auch ab-

schließend beraten und danach der Parlamentarischen Versammlung wiederum zur Diskussion vorgelegt werden. Das Ergebnis dieser Debatte gelangt dann in Form einer Empfehlung an das Ministerkomitee, das sich aus den Außenministern der Mitgliedsstaaten zusammensetzt und allein berechtigt ist, Konventionen zu beschließen.

Die beiden deutschen Nobelpreisträger *Manfred Eigen* (Chemie 1967) und *Erwin Neher* (Medizin 1991) haben indessen davor gewarnt, die Forschung in Deutschland durch eine rigide Gesetzgebung und Bürokratie zu behindern. Vor allem bei der Biotechnik seien die Barrieren hierzulande zu hoch. Bundesjustizministerin *Sabine Leutheuser-Schnarrenberger* (FDP) kündigte dagegen an, die deutsche Delegation werde „unbeirrt und entschlossen darauf hinwirken, daß dem ethischen Grundkonsens unserer Staats- und Gesellschaftsordnung auch und gerade im Rahmen der Bioethik-Konvention Rechnung getragen wird“. Sollten sich allerdings die deutschen Vorstellungen zu den besonders umstrittenen Artikeln 6 und 15 bei den übrigen Vertragspartnern nicht durchsetzen lassen, wäre es wohl besser und ehrlicher, in der Konvention auf diese beiden Artikel ganz zu verzichten. *J. R.*

Frankreich: Bericht zur Lage des Glaubens

Auf der jüngsten Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz trat der Bischof von Angoulême, Claude Dagens, mit einem viel beachteten Bericht zur Lage von Glaube und Religion in der modernen Gesellschaft hervor.

Die Vollversammlungen der Französischen Bischofskonferenz der letzten Jahre glänzten nicht gerade mit interessanten Analysen der religiösen und kirchlichen Lage im Lande. Selbst unter durchaus wohlwollenden Medienbeobachtern waren wiederholt Zweifel an der Effektivität der Arbeit dieses Gremiums verbreitet. Bei der Herbst-

vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz in Lourdes (vgl. HK, Dezember 1994, 645) war das diesmal etwas anders. Viel Beachtung fand der Bericht einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bischofs von Angoulême und früheren langjährigen Dekans der Theologischen Fakultät am Institut Catholique in Toulouse,

Claude Dagens, unter dem Titel „Den Glauben in die gegenwärtige Gesellschaft einbringen“ („La proposition de la foi dans la société actuelle“).

Wie den Glauben in die heutige Kultur einbringen?

Der Bericht nimmt eine Standortbestimmung von Religion und Kirche in der französischen Gesellschaft vor, geht den individuellen Bedingungen nach, unter denen der Glaube heute gelebt wird, und stellt sich Fragen des institutionellen Kontextes von Glaube und Religion. Viele der die französische Kirche gegenwärtig bedrängenden Fragen finden sich darin wieder. Der Bericht zeichnet sich durch ein hohes Maß an gesellschaftlichem wie auch kirchlichem Realismus aus und bemüht sich, nicht bei allzu einfachen Erklärungs- und Deutungsmustern stehenzubleiben und traditionelle Konfliktlinien zu überwinden. Ein Jahr lang soll der Text in den französischen Diözesen diskutiert werden, bevor er dann von der Vollversammlung im Herbst 1995 endgültig verabschiedet werden wird.

Das Schlüsselwort des Berichtes ist das in diesem Kontext bisher wenig gebräuchliche und im Deutschen nur schwer wiederzugebende Wort „proposition“ (Vorschlag, Behauptung). Nicht die Weitergabe des Glaubens („transmission de la foi“), auch nicht die Glaubensverkündigung („annonce de la parole de Dieu“), erst recht nicht das Glaubensbekenntnis („profession de foi“) stehen, selbst wenn sie vorkommen, im Mittelpunkt des Berichtes von Bischof Dagens, sondern die Frage, wie der Glaube unter heutigen Bedingungen in Gesellschaft und Kultur eingebracht, den Menschen in gewissem Sinne zum Angebot gemacht werden kann.

Wenn der Glaube auf neuartige Weise erst in das Leben einer Gesellschaft eingebracht werden muß, dann bedeutet das, daß er dort längst nicht mehr den angestammten Platz innehat (vgl. erstes Hauptkapitel). Der Bericht be-

schönigt denn auch die Lage gar nicht erst. Als besorgniserregende Indikatoren verweist er auf die aus der Religionssoziologie bekannten eindeutigen Rückgangstendenzen in Kirche und Religion. Trotz aller im einzelnen durchaus berechtigten Einwände, die gegen diese Daten zuweilen vorgebracht würden, läßt der Bericht keinen Zweifel über die Tragweite und Tendenz der sich abzeichnenden Entwicklung aufkommen: *Der Platz des christlichen Glaubens in der französischen Gesellschaft sei in Gefahr*. Der Bericht nimmt dabei Bezug auf Thesen wie die vom „Traditionsabbruch“ auf dem Gebiet von Glaube und Religion, von der gefährdeten „mémoire chrétienne“, nach der sich tief in das individuelle wie kollektive Gedächtnis eingeprägte Teile des christlichen Erbes bei zahlreichen Jugendlichen und Erwachsenen verwischen, schließlich vom „nach-christlichen Zeitalter“, wie der Titel des jüngsten Buches des Religionssoziologen *Emile Poulat* lautet (Flammarion, Paris 1994).

Im Gegensatz zu vielem anderen, das zu diesem Thema gegenwärtig in schriftlicher Form erscheint und gesagt wird, geht dieser Bericht von der *grundlegenden Ambivalenz* dieser Entwicklung aus. Den „besorgniserregenden“ Indikatoren werden neue Entwicklungen gegenübergestellt, ohne daß damit die dramatischen Veränderungen verniedlicht würden. Als Ausdruck der tiefgreifend veränderten Verhältnisse verweist Dagens auf die zunehmende Zahl von Erwachsenen, die in das Katechumenat eintreten bzw. als zu einem früheren Zeitpunkt Getaufte erneut einen Zugang zum Glauben gefunden haben („recomençants“). Von diesen Personen werde eine neue Art von christlicher Initiation verlangt. Ein interessanter Perspektivenwechsel wird mit dem Hinweis angedeutet, in der Vergangenheit sei die Weitergabe des Glaubens auf „Zeiten der Stabilität“ hin ausgerichtet gewesen. Heute gehe es darum, sich für Menschen zu öffnen, bei denen der Glaube im Zusammenhang mit bestimmten biographischen „Brüchen oder der Erfahrung von

Leid oder infolge von folgenschweren Begegnungen“ geweckt werde.

Als „ambivalent“ fällt auch die Beurteilung der Moderne in dem Zusammenhang aus. Der Bericht Dagens schlägt nicht in die Kerbe jener, die alle Übel dieser Welt einer sich weiterhin autonom setzenden Vernunft zum Vorwurf machen. Er sieht Christentum und Moderne weniger in einem unüberwindlichen Gegensatz als vielmehr in mancherlei Weise aufeinander verwiesen, ineinander verschränkt. Und zwar sowohl, weil die Moderne nachdenklicher geworden sei und die eigenen Grenzen kennengelernt habe, als auch deswegen, weil das Angebot der Kirche keine hegemonistischen Züge trage. Die Moderne habe den Glauben nicht „entleert“ – sie zwingt ihn vielmehr, sich und die Welt auf der Basis der eigenen Quellen neu zu durchdenken. Positivistisches Denken sei weithin überwunden.

Offenheit für die „spirituelle Suche“ der Zeitgenossen

Das Ausmaß der veränderten Situation wird deutlich, wenn die Unterschiede zur Lage in den Jahren nach 1968 herausgearbeitet werden. Die Spannungen unter den Gläubigen hätten sich, von lokalen und regionalen Sonderentwicklungen abgesehen, gelegt, die starken Polarisierungen der 70er Jahre seien zurückgegangen, Unterschiede zwischen den Gläubigen würden „freier und realistischer“ akzeptiert. Hierbei zielt der Bericht sowohl auf die Auseinandersetzungen mit linkskatholischen wie mit traditionalistischen Milieus, wie sie für die Kirche in Frankreich lange Zeit kennzeichnend waren.

Gegenüber einem verbreiteten außerkirchlichen Interesse an Religion und Spiritualität zeigt der Bericht eine große Offenheit. „Proposer la foi“ unter den herrschenden Bedingungen mache die Teilnahme der Christen an der „spirituellen Suche“ vieler Zeitgenossen erforderlich, den Versuch, diese zu verstehen und mit Unterschei-

dungskraft sich ihren Anliegen, aber auch „Versuchungen und Illusionen zu stellen“.

Die herrschende Pluralität an weltanschaulichen und ethischen Einstellungen wird (im zweiten Hauptkapitel des Berichts) gerade nicht als ein dem Evangelium „äußerlicher, verhängnisvoller Unfall“ angesehen, sondern es wird darauf hingewiesen, daß Pluralität „auch in der Struktur des evangelischen Zeugnisses“ seinen Platz haben könne. Man solle realistisch sein und anerkennen, daß die Gemeinden nicht nach außen „geschützte Orte mit einer monolithischen Organisationsstruktur“ sein könnten. Gemeinde seien „Orte der Freiheit“ und müßten dies bleiben, weil dies ihre Berufung sei.

Ausführlich geht der Bericht auf den komplexen Zusammenhang von Verantwortung des einzelnen angesichts der Vielfalt von Referenzsystemen ein, denen sich das Individuum heute gegenübersehe. Die moderne Kultur als eine in vielfacher Hinsicht gespaltene begünstige nicht die Herausbildung von in sich kohärenten, widerspruchsfreien Lebensentwürfen. In dieser Situation lasse sich der christliche Glaube als eine einigende und Kohärenz ermöglichende Kraft darstellen. Er erlaube es dem Individuum, seine Freiheit zu bejahen und sie in Form menschlicher Akte zu realisieren – im Eheleben ebenso wie auf dem Gebiet sozialer Verantwortung.

Im Rückgriff auf eine begriffliche Unterscheidung von *Michel Foucault* (in seiner „Geschichte der Sexualität“) zwischen einer „normativen Ethik“ („éthique du code“) und einer „Ethik der Eigenverantwortung“ („éthique de la construction de soi“) weist Bischof Dagens darauf hin, daß die Begleitung des einzelnen im Vordergrund stehen müsse bei dessen Bemühungen um Freiheit und Sinn im Leben. Die Epoche eines „militanten und unernsten Individualismus“ sei längst vorüber. Sehr oft herrsche ein „unruhiger Individualismus“ in Verbindung mit der Suche nach „Gemeinschaftsfähigkeit und nach dem Gespür für ethische Verantwortung“. Auch ein nachideologisch-entzauberter bzw. -ernüchter-

ter Kontext bedeute nicht das Fehlen ethischer Verantwortung.

Für den institutionellen Bereich (drittes Hauptkapitel) bedeutet „proposition de la foi“ in erster Linie Reflexion und gegebenenfalls Überwindung der traditionellen „restriktiven Konzeption von Laizität“, wie es im Bericht offen heißt. Frankreich sei in dieser Hinsicht innerhalb Europas eine „Ausnahme“. Von Kontakten über die Landesgrenzen hinaus, vom weiteren Ausbau der Europäischen Union verspricht man sich die Möglichkeit, „den Platz des Religiösen innerhalb des Erziehungssystems“ neu zu bestimmen. Die Laizität müsse in die breitere Perspektive von Religionsfreiheit und Demokratie gestellt werden.

Die französische Gesellschaft könne sich nicht mit „Amnesie in bezug auf die christliche Tradition“ begnügen. Ein solcher Gedächtnisverlust habe Folgen: „Wie will man noch Chartres, Vézelay und Notre Dame de Paris zum Sprechen bringen, wenn man nichts von der Bibel versteht?“ Hier bestehe ein weites Feld an Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Verantwortlichen aus staatlicher „Verwaltung, Universität, Schule und Religion“. Bemühungen zur Einrichtung

eines Schulfaches, das sich mit „religiöser Kultur“ befaßt, oder zur Integration solcher Fragen in andere, bereits bestehende Schulfächer werden unterstützt.

Zuvor ist der Bericht bemüht, mit einigen traditionellen Lasten auf dem Gebiet der Staat-Kirche-Beziehungen aufzuräumen. In den letzten Jahren hatten sich etwa die Beziehungen der Kirche zur Französischen Revolution verschiedentlich als weiterhin problembeladen erwiesen. Der Bericht spricht sich dafür aus, „manichäische Interpretationen der Ereignisse zu überwinden“ und zu „differenzierten Einschätzungen“ zu kommen. Außerdem weist er darauf hin, daß laizistische und katholische Tradition sich heute nicht mehr wie „antagonistische Blöcke“ gegenüberstünden. Für den einen wie den anderen Block mache sich gegenwärtig ein „Traditionsbruch“ bemerkbar.

Angesichts der laufenden Auseinandersetzung um das Tragen von Kopftüchern durch islamisch-fundamentalistische Schülerinnen (vgl. HK, Dezember 1994, 644f.) findet der Bericht auffallend versöhnliche Worte zur republikanischen Schule: Einerseits werden an die europäische Entwicklung

dezidierte Erwartungen in bezug auf eine Änderung der Haltung gegenüber der Religion geknüpft, andererseits aber betont, dies bedeute nicht, die französische Tradition werde verschwinden: „Das französische Beispiel, das die Integration von Personen gegenüber der Festigung von Teilgemeinschaften bevorzugt, könnte sich für die Zukunft unseres Kontinents als nützlich erweisen“.

Man darf gespannt sein, inwieweit sich dieser Text in den nächsten Monaten als konsensfähig erweisen wird. Ein Schwerpunkt der Diskussion könnte vor allem die Verhältnisbestimmung zur Moderne sein, einem Thema, zu dem man auch von französischen Bischöfen bereits andere Töne vernommen hat. Die Abfassung eines solchen Textes ist kein Ersatz für die Lösung der damit in Verbindung stehenden Teilprobleme. Dennoch zeigt gerade die Entwicklung der Kirche in Frankreich der letzten Jahrzehnte, wie kollektiv verantwortete Grundlagentexte dieser Art (zum Verhältnis von Glaube und Politik, zu Fragen des Lebensstils u. a.) verschiedentlich notwendige Mittel der Kursbestimmung, Identitätsbestimmung und Selbstvergewisserung gewesen sind. K. N.

Familiale Wirklichkeiten

Zwei Tagungen am Ende des „Internationalen Jahres der Familie“

Zum Abschluß des „Internationalen Jahres der Familie“ fanden in Berlin und Salzburg zwei Tagungen statt, die sich mal mehr theologisch, mal mehr sozialpolitisch mit Familienfragen beschäftigten. Die Zeit der feierlichen Reden mag nach diesem Jahr vorüber sein, nicht jedoch – wie man in den letzten Wochen sehen konnte – die der theologischen wie politischen Auseinandersetzungen.

An kirchlichen Äußerungen zum „Internationalen Jahr der Familie“ bestand in den zurückliegenden zwölf Monaten kein Mangel. Kaum eine Institution dürfte so entscheiden, so häufig und so systematisch die Bedeutung der Familie hervorgehoben, sich für ihre Interessen, ja Rechte eingesetzt und deren Berücksichtigung bzw. Beachtung eingeklagt haben wie die katholische Kirche. Johannes Paul II. zeigte mit seinem „Brief an die Familien“ (vgl. HK, April 1994, 172ff.),

wie sehr ihm dieses Thema am Herzen liegt. Der umstrittene Einsatz des Apostolischen Stuhls im Rahmen der UN-Weltbevölkerungskonferenz (vgl. HK, November 1994, 555ff.) gehört in diesen Zusammenhang ebenso wie die Lebensschutzenszyklika, deren Erscheinen angekündigt ist. Äußerer Höhepunkt der vatikanischen Aktivitäten war ein sogenanntes „Welttreffen der Familien“, zu dem vom 8. bis 9. Oktober der Päpstliche Rat für die Familie (Präsident: Kardinal